

Persönliche Erklärung zur friedlichen Protestaktion am 16.08. 22 vor dem Hauptbahnhof Nürnberg und zum Strafverfahren gegen Pater Jörg Alt.

Am 16.08. 22 war ich persönlich als Beobachter und auch als moralischer Unterstützer der Aktion vor Ort. Die Demonstration zielte darauf ab, das Versagen aller politischen Ebenen in Bezug auf die Klimaentwicklung der Öffentlichkeit bewusst zu machen und zu zeigen, dass ziviler Ungehorsam zwingend notwendig ist. Die Auswirkungen des Klimawandels wurden durch Gespräche und kurze Ansprachen klar aufgezeigt. Heute kämpfen hunderte Millionen Menschen ums Überleben (Hunger, Hungertod, Krieg, Dürren, Überschwemmungen, Kriege), Millionen haben bereits in einem langen, schmerzhaften Todeskampf ihr Leben verloren, mussten zusehen, wie ihre Kinder und andere Angehörige Todesopfer wurden. Auch uns wird die Klimaentwicklung immer stärker und bedrohlich belasten.

Seit der Konferenz von Rio (1992) verspricht die Politik in regelmäßig kurzen Abständen sowohl auf internationaler als auch auf nationalstaatlicher Ebene, auf unzähligen internationalen Fachkonferenzen Maßnahmen zur Rettung unserer Lebensgrundlagen zu ergreifen. Diese Versprechen haben sich großteils als Schall und Rauch erwiesen und sind weitgehend ins Leere gelaufen.

Da die zuständigen Verantwortlichen bei uns nicht angemessen handeln, muss man davon ausgehen, dass nur die Zivilgesellschaft, in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und kritischen Medien, heute noch in der Lage ist, die breite Öffentlichkeit aufzuwecken, umso genügend Druck auf die Politik auszuüben. Der friedliche, zivile Protest ist der letzte wirksame Hebel, um die politisch Verantwortlichen zu geeigneten Maßnahmen in verantwortbarer Zeit zu bewegen.

Dieser Protest ist nicht nur legitim und absolut notwendig. Er ist auch legal, da sich das Recht der Protestierenden aus einer Notsituation ableiten lässt. Eine Notsituation, die durch Hunderte von Millionen Hungernden, Millionen von Toten, Vertriebenen und Entrechteten begründet ist. Diese Notsituation ist zwangsläufig bei jenen Menschen vorhanden, für die Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Leben und damit in direktem Zusammenhang stehend der Schutz der Lebensgrundlagen Werte sind, die verteidigt werden müssen.

Bei objektiver Betrachtung ist diese Notsituation wegen ihrer Brutalität und Grausamkeit schlicht nicht zu akzeptieren. Auch aus christlicher Überzeugung, die den Schutz der Lebensgrundlagen zur Verpflichtung macht und die Verteidigung der Menschenrechte in ihrer DNA enthält, ist der zivile Protest

eine zwangsläufige Konsequenz. Es ist eine positive Stärke der Protestierenden, dass sie sich nicht mit dieser abfinden wollen und sich deshalb auch verpflichtet fühlen, für eine Änderung der Situation zu kämpfen. Dabei wird ihr Kampf nicht durch (politische) Sonntagsreden umgesetzt, sondern auch durch einen hohen persönlichen, durchaus auch schmerzhaften persönlichen Beitrag.

Auch aus diesen Gründen habe ich den Protest in Nürnberg persönlich durch meine Anwesenheit unterstützt.

Am 16.8. waren viele Menschen vor Ort und es blieb absolut friedlich. Für die öffentlichen Verkehrsmittel, Autofahrer:innen und den Menschen, die zu Fuß unterwegs waren, war es möglich, den Platz ohne wesentlichen Mehraufwand zu verlassen oder zu überqueren. Der Vorwurf Pater Jörg Alt habe „Nötigung“ begangen ist schlicht nicht begründbar. Nötigung verlangt, dass ein Handeln mit Gewalt oder mit einer Drohung gegen Menschen verbunden ist. Es ist völlig abwegig, Pater Jörg Alt auch nur in die Nähe eines solchen Gedankens zu rücken. Es ist auch unverständlich, warum die Motivation der Protestierenden nicht ausreichend im Münchner Gerichtsverfahren gewürdigt wurde. In diesem Fall hätte es einen Freispruch geben müssen.

Im deutschen Rechtssystem gibt es den Grundsatz, dass alle vor dem Gesetz gleich sind. Es gilt aber auch die Tatsache, dass nicht alle das gleiche Recht erhalten. Es bleibt die Frage, ob eine Schlepperdemo mit Güllewagen und mit Schneeschlepper bewaffnete Traktoren die gleiche Aktivitäten mit gleichem Verfolgungseifer bei der Staatsanwaltschaft ausgelöst hätte.

Uwe Kekeritz

[REDACTED]

[REDACTED]